

Gemeinsam Druck machen für eine zukunftsfähige Bundespolitik

Die Bundesjugendversammlung ruft alle Mitglieder, Aktiven und Jugendgruppen der BUNDjugend dazu auf, bei der diesjährigen Bundestagswahl wählen zu gehen und im Vorfeld der Wahl gemeinsam Druck für eine zukunftsfähige Bundespolitik zu machen. Dabei kann ein breites Aktionsspektrum ausgeschöpft werden: Über Podiumsdiskussionen/Kandidat*innengespräche im Wahlkreis, Beteiligung bei der U18-Wahl (www.u18.org/bundestagswahl-2017/), Einbringen von Forderungen in Kataloge von SJR, KJR oder LJR oder öffentliche Aktionen zu entscheidenden Wahlfeldern.

Die BUNDjugend fordert eine Bundespolitik, die sich den Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation ambitioniert stellt:

Ein gutes Leben für alle! Suffizienz thematisieren.

Die Neuauflage 2016 der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie enthält auf ihren rund 300 Seiten kein einziges Mal das Wort „Suffizienz“, sondern hält an dauerhaftem, breitenwirksamen und nachhaltigem Wirtschaftswachstum (UN-Entwicklungsziel 8) fest. Doch nur, wenn wir anfangen, in politischen Gremien über ein „Zu viel“ und „Genug“ zu sprechen, halten wir das Ziel, als Land des globalen Nordens eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik des 21. Jahrhunderts zu betreiben, auch ein. Ein würdevolles Leben für alle Menschen innerhalb der planetaren Grenzen ist möglich! Aber internationale Verpflichtungen wie der Klimavertrag der COP21 in Paris können mit Effizienz allein nicht erfüllt werden. Deshalb fordern wir die zu wählende Bundesregierung dazu auf, Lebensstile, die nicht auf Kosten anderer gehen, zu ermöglichen und Strategien für eine wachstumsunabhängige Gesellschaft zu entwickeln.

Vielfalt gemeinsam gestalten! Keine Kollaboration mit rechts.

Rechte Parteien und Organisationen brauchen die Kollaboration mit anderen politischen Akteur*innen, um Erfolg zu haben. Diese Kollaboration kann viele Gesichter haben: Sei es die Übernahme von rechtem Vokabular, die Beschwörung menschenfeindlicher Vorurteile und Klischees oder schlicht mangelnde konsequente Distanzierung. Wir wollen in einer offenen Gesellschaft leben, die Vielfalt zu schätzen weiß und ermöglicht. Deshalb fordern wir von der zu wählenden Bundesregierung klare Bekenntnisse zu ethnischer, kultureller, sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Paris genügt nicht! Klimagerecht vorgehen.

Die bisher im Klimaabkommen von Paris zugesagten Beiträge reichen nicht aus, den Klimawandel unter der lebensbedrohlichen Grenze von 1,5°C zu halten. Mit der zu erwartenden Blockade der internationalen Klimapolitik durch die USA, sind gerade Europa und Deutschland gefordert, Maßnahmen in ihrem Wirkungsbereich umzusetzen. Mit der kommenden Legislaturperiode muss der Bundestag einen Plan zum Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern vorlegen; der Abschied vom dreckigsten Energieträger Braunkohle muss sofort eingeleitet werden. Damit die Menschen in den betroffenen Regionen nicht unter den Auswirkungen des Strukturbruchs leiden, muss vor Ort in neue Perspektiven investiert und der Wandel sozialverträglich gestaltet werden.

Agrarwende einleiten! Vielfalt in der Landwirtschaft schaffen.

„Wachse oder weiche“ – das ist das Motto der aktuellen Landwirtschaftspolitik. Viele kleinbäuerliche Betriebe müssen aufgeben, da sich die Produktion von Lebensmitteln für sie nicht mehr rentiert. Die Erzeugung von Lebensmitteln darf nicht von wenigen großen Weltkonzernen bestimmt werden, sondern jede*r soll die Möglichkeit haben, zu entscheiden, auf welche Weise er oder sie welche Produkte anbauen beziehungsweise essen möchte. Die Lebensmittelproduktion kann nicht länger auf Kosten der Umwelt gehen, ohne dass diese ökonomisch ins Gewicht fallen. Wir brauchen sauberes Grundwasser, biologische Vielfalt und fruchtbare Böden, um nachhaltig Lebensmittel zu produzieren. Wir fordern ein Umdenken in der Landwirtschaftspolitik: Öffentliche Gelder dürfen nicht länger Großbetriebe und Massentierhaltungen unterstützen.

Keine Lernfabriken! Bildung und Forschung für die Große Transformation.

Die Verknüpfung von formaler Bildung in Schule und Hochschule mit nonformaler und informeller Bildung, wie sie im ehrenamtlichen und gesellschaftlichen Engagement mit hervorragenden Ergebnissen geleistet wird, ist wichtig und zukunftsweisend. Die BUNDjugend fordert die Bundesregierung, Landesregierungen, die Kultusministerkonferenz sowie Universitäten und Hochschulen dazu auf, ehrenamtliches Engagement nicht zu behindern, sondern als zentralen Bestandteil des Bildungsweges zu ermöglichen. Ebenso braucht es eine Ausrichtung der Forschungspolitik an den Herausforderungen der Großen Transformation. Dabei gilt es, besonders die sozialwissenschaftliche und transdisziplinäre Forschung zu stärken, denn diese liefert wichtige Beiträge für soziale Innovationen.

Mobilität dekarbonisieren – Verkehrswende einleiten

Ein großer Teil des in Deutschland ausgestoßenen CO₂ geht auf den Verkehrssektor zurück. Zum Erreichen der Klimaziele ist eine Reduktion der Verkehrsemissionen dringend nötig. Dies ist nur durch eine nachhaltige Stärkung des

Umweltverbundes (Öffentliche Verkehrsmittel, Fahrrad, Fußverkehr) und alternative Mobilitätsangebote sowie deren intelligente Vernetzung erreichbar. Dadurch kann die Lebensqualität in Städten und Gemeinden langfristig verbessert werden, da die Feinstaub- und Lärmbelastigung verringert würde.

Fairer Handel statt Freihandel

In den vergangenen Jahren haben internationale Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA große Proteste in Deutschland und ganz Europa ausgelöst. Die Kritik hat sich dabei nicht nur gegen die intransparenten Verhandlungen gerichtet, sondern auch gegen den Eindruck, dass die Abkommen vor allem den Interessen exportorientierter Großkonzerne und Investoren dienen. Errungenschaften in Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Sozialstandards werden dem untergeordnet. Nun ist ein weiteres Handelsabkommen zwischen der EU und Japan geplant.

Deshalb fordern wir von der zu wählenden Bundesregierung, dass aus vergangenen Fehlern gelernt wird. Die deutsche Bundesregierung muss in möglichen zukünftigen Verhandlungen stärker auf dem in Europa vorherrschenden Vorsorgeprinzip beharren und auf Regeln zum Investorenschutz verzichten. Alle Handelsabkommen müssen verbindliche soziale und ökologische Standards beinhalten und internationalen Menschenrechts- und Umweltkonventionen untergeordnet werden.